



## »Fair Play – Fair Work?«

Die EURO 2012-Fußballeuropameisterschaft  
und die Beschäftigten auf ihren Großbaustellen

**JOACHIM SCHLÜTTER**  
Mai 2012

- Auch im Rahmen der vierjährigen Vorbereitungen der EURO 2012 kam es – wie bei vielen Großprojekten – zu Zeitverzug, immensen Kostensteigerungen, Ministerrücktritten, handfesten Staatskrisen sowie leider auch Toten und Verletzten. Bei einem sehr großen Teil der geschaffenen Arbeitsplätze handelt es sich zudem um prekäre, kurzfristige Arbeitsverhältnissen, vor allem in Kleinfirmen.
- In Polen konnten stetige Sicherheitskontrollen auf EM-Baustellen die Arbeitssicherheit signifikant verbessern und neue Standards durchsetzen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten konnten sich so insbesondere die staatliche Arbeitsinspektion, aber auch die großen durchführenden Baufirmen mit ArbeitnehmerInnen-freundlichen Maßnahmen profilieren.
- Die polnischen Gewerkschaften jedoch konnten im Rahmen der EURO 2012 weder tarifliche Verbesserungen für ihre Mitglieder durchsetzen noch Mitgliederzuwächse realisieren. Dies unterscheidet sie von den ukrainischen Baugewerkschaften, die im Rahmen ihrer internationalen Sportkampagne u. a. 1700 neue Mitglieder gewinnen und damit ein Stück weit aus den Erfolgen der Gewerkschaftskampagne WM 2010 in Südafrika Impulse gewinnen konnten.

Vom 8. Juni bis 1. Juli 2012 findet in Polen und der Ukraine die Fußball-Europameisterschaft statt. Allein in Polen wurden rund 4000 Kilometer Autobahnen und Straßen projektiert, außerdem sollte generell ins Eisenbahnnetz, in Flughäfen und Hotels investiert werden. Das polnische Autobahnnetz soll bis an die Ukrainische Grenze verlängert werden. Stadionumbauten waren überall fällig, in Warschau wurde sogar das Hauptstadtstadion neu erbaut.

## Überforderte Strukturen

Die Vergabe der EM 2012 setzte beide Länder enorm unter Druck. Ministerrücktritte, Irrtümer bei der Vergabe der Bauleistungen, Zeitverzug und Unfälle auf den Baustellen überschatteten insbesondere in der ersten Phase die Vorbereitungen. Polens Paradeprojekt, der Anschluss der Hauptstadt an das europäische Autobahnnetz, misslang wegen der Vergabe des Baus an den billigsten Anbieter. Die chinesische Firma COVEC (China Overseas Engineering Group Co. Ltd.) hatte sich den Autobahnauftrag zu einem Preis gesichert, der die Kalkulation der polnischen Auftraggeber um 50 Prozent unterbot. Während sich die Chinesen auf ihre guten Kontakte zur polnischen Regierung verließen, vertrauten die verantwortlichen polnischen Minister darauf, dass bei Problemen COVECs die China Railway Group helfen würde.

Das Abenteuer endete im Konkurs von COVEC. Ihr Präsident in China wurde abgesetzt. In Polen löste der Vorfall eine Staatskrise aus und die nunmehr beauftragten Baufirmen werden die Autobahn nach Warschau keinesfalls vor Anreise der EM-Gäste mehr fertig stellen können.

In der Ukraine hingegen erscheint der Nutzen vieler EM-Investitionen über das Turnier hinaus oftmals nicht gesichert. Dringend benötigte Investoren ließen sich deshalb nur schwer finden. Der Zeitdruck wurde größer, die Kosten explodierten und der verantwortliche Minister für Infrastruktur und die EM, Boris Kolesnikow, musste – mitten im sich entfaltenden Regierungschaos – doppelte und dreifache Schichten auf den Baustellen genehmigen. Inzwischen rechnet die ukrainische Regierung mit 9 Mrd. Euro für die Vorbereitung der EM 2012. Die Infrastruktur für die WM 2010 in Südafrika kostete mitsamt neuer Stadien lediglich 3,5 Mrd. Euro.

## Bauen für den Sport – ein gefährlicher Job

Wie immer bei Großereignissen dieser Art, stieg die Beschäftigung im Baugewerbe massiv an. Doch im Windschatten der Profite (die FIFA verdiente bei der WM 2010 rund 3,2 Mrd. Dollar) geraten faire Löhne, Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter oftmals ins Hintertreffen.

In der Ukraine gab es im Rahmen der EM-Bauten bisher 14 tödliche Unfälle. 40 Prozent der Beschäftigten haben nur zivilrechtliche Verträge und damit kein Streikrecht. Sie arbeiten durchschnittlich für 270 Euro im Monat. Es oblag vor allem den ukrainischen Gewerkschaften, für einen besseren Arbeitsschutz, für gute Beschäftigung und für höhere Löhne zu kämpfen. Dies überzeugte offenbar die Arbeitnehmer: Seit 2009 konnten die Gewerkschaften der Ukraine 1700 neue Mitglieder gewinnen.

Anders die Entwicklung in Polen: Zwar üben BauarbeiterInnen generell Polens gefährlichsten Industriebetrieb aus: Mit jährlich über 100 getöteten Menschen sind hier ein Viertel aller tödlichen Arbeitsunfälle in Polen zu beklagen. Es gab jedoch mit insgesamt sechs Todesfällen während der vierjährigen EM-Vorbereitung zwar immer noch zu viele Opfer zu beklagen. Die sehr systematischen staatlichen Arbeitsinspektionen aber trugen dazu bei, auf den EM-Großbaustellen Schlimmeres zu verhindern.

## Lebensrettende Initiativen für Bauarbeiter

Aufgrund einer gemeinsamen Initiative von Polens staatlicher Arbeitsinspektion (PIP), des Polnischen Verbandes der Bauingenieure und Bautechniker (PZliTB) und der Baugewerkschaft (OPZZ) Budowlani waren während der gesamten Bauphase ständig Arbeitsinspektoren auf den Baustellen der EM-Projekte. Sie unterstanden direkt dem polnischen Minister für Arbeitsinspektion, Waldemar Spólnicki. Nach Einschätzung der TeilnehmerInnen einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung, den Gewerkschaften und ihrem Weltverband BWI (Building and Woodworkers International) ausgerichteten Evaluierungskonferenz im März 2012 in Warschau sind Minister Spólnicki und seine Behörde diejenigen gewesen, die in den letzten vier Jahren das Meiste für gute Arbeit auf EM-Baustellen geleistet haben. Die PIP-Inspektoren, die meist selbst einen Gewerkschaftshintergrund haben, halfen dabei

sogar, die Lohnzahlungen in den langen Subunternehmer-Ketten zu beschleunigen. Zudem konnte die PIP die Arbeitgeber sogar davon überzeugen, mehr Geld und Personal für den Arbeitsschutz auszugeben, als es die gesetzlichen Standards fordern.

In den letzten vier Jahren verhängten Arbeitsinspektoren in Polen 180 Baustopps. 200 Verantwortliche wurden auffällig und mussten insgesamt allerdings nur 65.000 Euro Strafe zahlen. In 18 Fällen hat man die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.

Minister Spólnicki vertrat auf dieser Konferenz seine Überzeugung, es sei im Rahmen der EM-Vorbereitungen gelungen, die Arbeitssicherheit auf polnischen Baustellen auf einen nachhaltig höheren Standard zu heben.

Außerdem initiierten vor allem PIP und der polnische Verband der Bauingenieure im August und Oktober 2010 eine Vereinbarung der sieben größten, an den EM-Vorbereitungen beteiligten Baufirmen (Bilfinger Berger Budownictwo, Budimex, Hochtief Polska, Mostostal Warszawa, Polimex Mostostal, Skanska und Warbud) über Arbeitssicherheitsstandards, die auch bei deren Sub-Auftragnehmern konsequent durchgesetzt wurden. Hauptziel war dabei die Vermeidung tödlicher und schwerer Unfälle. Von Seiten der Baugewerkschaften hat lediglich Budowlani die Vereinbarung mit unterzeichnet, die am 21. März 2011 in Kraft trat.

Insgesamt hat Waldemar Spólnicki mit seiner Behörde damit faktisch BauarbeiterInnen jene Arbeitssicherheit und Einkünfte gesichert, die auf Großbaustellen in anderen Ländern nur von Gewerkschaften gewährleistet werden konnten. Wen wundert es, wenn die polnischen Baugewerkschaften allein schon deshalb keine Mitgliederzuwächse im Kontext der EM 2012 verzeichnen konnten, während dies ihren KollegInnen in der Ukraine bzw. in Südafrika unter anderen Rahmenbedingungen durchaus gelungen ist?

## Die Rolle der Baugewerkschaften

Anders als in der Ukraine, gelang es den Baugewerkschaften und ihrem internationalen Verband BWI in Polen also nicht, ihre Aktionsansätze so anzupassen, dass der südafrikanische Erfolg hätte wiederholt wer-

den können. Dort nutzte der Weltverband der Bau- und Holzarbeiter (BWI) gemeinsam mit den örtlichen, kämpferischen Gewerkschaften die hohe internationale Aufmerksamkeit für eine überaus erfolgreiche Kampagne für würdige Arbeit. Mit einem Streik wurden dort Lohn erhöhungen durchgesetzt. 27.500 Menschen traten in die südafrikanischen Baugewerkschaften ein.

Befeuert durch diesen großen Erfolg, organisierten der BWI, die europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBWW), die skandinavische Gewerkschaften und natürlich die nationalen Baugewerkschaften in Polen und der Ukraine mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung seit 2009 eine Sportkampagne »Fair Work« zur EM 2012.

Während diese in der Ukraine immerhin einige Erfolge verbuchen kann, blieb Ähnliches in Polen aus.

Keine polnische Baugewerkschaft konnte seit Ende 2009 neue Mitglieder gewinnen oder gar einen Tarifvertrag für die EM-Baustellen abschließen. Auch ein angestrebter Branchentarifvertrag konnte nicht erreicht werden.

Zwar traf sich Pjotr Duda, Vorsitzender der der Gewerkschaft Solidarność, mit UEFA-Präsident Platini. Jedoch verpasste der Gewerkschaftsführer die Gelegenheit, Platini dabei mit der Kampagne für gute Arbeit vertraut zu machen.

## Wie unter dem Brennglas: rechtliche und Strukturprobleme gewerkschaftlicher Organisation in Polen

Lediglich die Baugewerkschaft Budowlani ist auf (nur zwei!) großen EM-Baustellen vertreten: am Flughafen Warschau und am Stadion in Wroclaw (Breslau).

Es sind eine Reihe von Faktoren, die dazu beitragen, wie schwer sich die Gewerkschaften mit der Organisation der Bauindustrie tun:

Das neue polnische Arbeits- und Gewerkschaftsrecht hätte es auch bei einer weniger wirkungsvollen staatlichen Arbeitsinspektion, d.h. bei höherem »Leidensdruck« der Beschäftigten auf den Baustellen, sehr schwierig gemacht, die Arbeitnehmer zu organisieren.

Zwar können schon zehn Beschäftigte in einem polnischen Betrieb eine gewerkschaftliche Vertretung gründen, doch muss der Betrieb insgesamt mindestens 20 ArbeitnehmerInnen beschäftigt sein. Der überwiegende Teil der Bauleute aber arbeitet in Minifirmen unter 20 ArbeitnehmerInnen, als Scheinselbständige oder sogar schwarz.

ArbeitnehmerInnen können nur innerhalb eines Betriebes Gewerkschaftsmitglied werden, verlassen sie den Betrieb, erlischt ihre Mitgliedschaft. Die Kontinuität gewerkschaftlicher Arbeit wird auf diese Weise unterminiert.

Bauarbeiter liegen in Polen mit ihrem Monatsbrutto um mindestens 240 Euro über dem neuen gesetzlichen Mindestlohn von 360 Euro. Damit entfällt – zumindest im Vergleich zu anderen Branchen – der Lohndruck, gewerkschaftliches Handeln wird als weniger notwendig empfunden.

Zudem kostet ein Arbeitnehmer mit »Arbeitsvertrag«, der 625 Euro auf die Hand verdient, den Arbeitgeber Brutto 875 Euro. Unterschreibt er hingegen einen »Werkvertrag« mit einem geringfügig höheren Gehalt, spart der Arbeitgeber 190 Euro, weil er nun keine Sozialversicherung abführen muss. Arbeitnehmer mit solchen Werkverträgen aber können in Polen nicht gewerkschaftlich organisiert werden.

Hinzu kommen historisch begründete Strukturmerkmale der polnischen Gewerkschaften. So sind nur noch 15 Prozent aller Arbeitnehmer in der polnischen Gesamtwirtschaft gewerkschaftlich organisiert. Budowlani, die größere der beiden Baugewerkschaften in Polen, ist

zudem nicht schwerpunktmäßig in der Arbeiterschaft verwurzelt, sondern vor allem im mittleren Management der ehemals staatlichen Baubetriebe. Das macht den Zugang zur eigentlichen Zielgruppe schwierig.

Polens Gewerkschaftsführer in den Betrieben werden darüberhinaus vom jeweiligen Arbeitgeber finanziert. In vielen Fällen mag dies Loyalitätskonflikte erzeugen und einer eher konfliktiv ausgerichteten Gewerkschaftsarbeit im Wege stehen.

In manchen Bereichen wirkt auch heute noch ein traditionelles, von staatssozialistischen Praktiken geprägtes Grundverständnis von Gewerkschaftsarbeit: Gewerkschaftsbeiträge in Polen fließen zu einem Großteil in gesellige und integrative Veranstaltungen auf Betriebsebene, um vor allem die älteren Mitglieder an ihre Gewerkschaft zu binden. Nur wenige Prozent der Mitgliedsbeiträge bleiben so für die Dachverbände, die sich aus dem rapide zusammen schmelzenden Gewerkschaftsvermögen finanzieren. Über den Betrieb hinaus zu wirken und koordinierte, flächendeckende, machtvolle Aktionen zu führen, wird so fast unmöglich.

Vor diesem Hintergrund stellte Solidarność z.B. leider keinen ihrer über 50 Organisatoren für die Sportkampagne im EM-Bausektor ab.

*Last but not least* deutet die ernüchternde gewerkschaftspolitische Bilanz der EM-2012-Sportkampagne in Polen aber auch auf Mängel in den Kommunikationsstrukturen und der strategischen Ausrichtung der Zusammenarbeit zwischen BWI und seinen nationalen Mitgliedsgewerkschaften hin.



## Über den Autor

**Joachim Schlütter** ist Leiter des Regionalprojektes Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog in Ostmitteleuropa, Büro Warschau.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Jörg Bergstermann, Koordinator der Gewerkschaftsprogramme  
Europa und Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7744 | Fax: ++49-30-269-35-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-152-4